

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 3. März 1999**

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete	Nummer der Frage
Brinkmann, Rainer (Detmold) (SPD)	30, 31	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	7, 8
Burgbacher, Ernst (F.D.P.)	9, 10	Niebel, Dirk (F.D.P.)	13
Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	6	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	21, 22
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	12	Ostrowski, Christine (PDS)	28, 29
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	4, 5	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	34, 35
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	11, 33	Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	1
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	3, 16	Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm (CDU/CSU)	32
Lensing, Werner (CDU/CSU)	24, 25	Scholz, Olaf (SPD)	2
Lietz, Ursula (CDU/CSU)	17, 18	Seiffert, Heinz (CDU/CSU)	26, 27
Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	14, 15	Siemann, Werner (CDU/CSU)	19, 20
		Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	23

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Norbert
Röttgen
(CDU/CSU) | Welche Position vertritt die Bundesregierung in der Arbeitsgruppe, die bis zum Sommer Vorschläge für den künftigen Standort des Deutsch-Französischen Jugendwerkes erarbeiten soll, und inwieweit wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß der deutsche Sitz des Jugendwerkes, das nach dem Bonn/Berlin-Gesetz den Bonner Politikbereichen zuzurechnen ist, weiterhin in Bad Honnef-Rhöndorf bleibt? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Olaf
Scholz
(SPD) | Liegen der Bundesregierung Erfahrungen vor, aus denen hervorgeht, ob und ggf. in welchem Umfang Schwierigkeiten aufgetreten sind, wenn Deutsche mit weiteren Staatsangehörigkeiten im jeweiligen Ausland um diplomatischen oder konsularischen Schutz nachgesucht haben? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|---|
| 3. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung angesichts ihrer weiterhin bestehenden „Zweifel am Bekenntnis der PDS zum Grundgesetz und zur parlamentarischen Demokratie“ (Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium des Innern, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, vom 9. Februar 1999 auf meine schriftliche Frage 18 in Drucksache 14/373 für gerechtfertigt, daß aus Haushaltsmitteln des Bundes eine der PDS nahestehende politische Stiftung |
|---|---|

finanziert werden soll, und wie will die Bundesregierung vor diesem Hintergrund sicherstellen, daß diese Stiftung die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel, insbesondere in der Bildungsarbeit, nicht für Maßnahmen verwendet, die Zweifel am Bekenntnis zum Grundgesetz und zur parlamentarischen Demokratie rechtfertigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|---|---|
| 4. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU) | Welche administrativen Maßnahmen sind bei der künftigen Bearbeitung der sogenannten Ökosteuer im einzelnen von den verschiedenen Beteiligten zu erbringen? |
| 5. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU) | Ist es richtig, daß zur Umsetzung des Abrechnungsmodus mit den Bundesländern im Blick auf Umsatzsteuer-Anteile aus dem Mineralölsteuer-Aufkommen zusätzliche Mitarbeiter in der Zollverwaltung erforderlich sind, und ggf. in welchem Umfang? |
| 6. Abgeordneter
Thomas Dörflinger
(CDU/CSU) | Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zur Haltung der Finanzverwaltung, Aufwandsentschädigungen von ehrenamtlichen Wahlhelfern, die nicht Gemeindebedienstete sind, der Besteuerung zu unterwerfen, wie dies aus einer Mitteilung des baden-württembergischen Gemeindetags vom 1. Februar 1999 hervorgeht? |
| 7. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung im nächsten Jahr eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vor, und wie sehen die weiteren Stufen bei der Ökosteuer aus, um die Ausgabensteigerung im Bundeshaushalt auszugleichen? |
| 8. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Wie sieht bis zum Jahr 2002 die verbindliche Staatsquotensenkung aus? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

9. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(F.D.P.)
- In welcher Höhe wurden in Baden-Württemberg Projekte, und hier insbesondere Tourismusprojekte, im Rahmen des sogenannten INTER-REG-II-Programms der Europäischen Union zur Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit in den Jahren 1997 und 1998 gefördert?
10. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(F.D.P.)
- In welcher Höhe stehen nach Kenntnis der Bundesregierung Gelder für Projekte in Baden-Württemberg aus diesem Programm für das laufende Jahr zur Verfügung?
11. Abgeordneter
**Norbert
Hauser**
(Bonn)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung gewillt, die im Berlin/Bonn-Gesetz vom 18. Januar 1994 getroffenen Regelungen hinsichtlich der Ausgleichmaßnahmen für die Bundesstadt Bonn anlässlich des Umzuges des Parlamentes und von Teilen der Bundesregierung nach Berlin einzuhalten, und aus welchen Gründen will die Bundesregierung entgegen § 7 Abs. 2 Nr. 4 des Berlin/Bonn-Gesetzes die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Außenstelle Berlin) nicht nach Bonn verlagern?*)
12. Abgeordneter
**Jochen-Konrad
Fromme**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Handlungsnotwendigkeiten zum Erhalt von Arbeitsplätzen aufgrund neuerer Entwicklungen in der Stahlindustrie, wie z. B. der möglichen Veränderung in der Region Salzgitter, die durch den Meinungswechsel der niedersächsischen Landesregierung zur Zukunft der Salzgitter AG, mit der diese von der unter dem früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder vertretenen Linie – der Fähigkeit der Salzgitter AG, sich allein am Markt behaupten zu können – abgeht?

*) s. hierzu auch Frage 33

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|--|---|
| 13. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(F.D.P.) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, inwieweit für das erste Quartal 1999 zugewiesene Mittel des Programms „Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“ (BHI) zur Bewilligung von Neufällen in den Arbeitsämtern ausreichen oder ob diese durch Verpflichtungsermächtigungen des Vorjahres bereits gebunden sind? |
| 14. Abgeordneter
Dr. Martin
Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU) | Wie will die Bundesregierung die versprochene Förderung von innovativen und kreativen Kräften, besonders bei den Medien und Dienstleistungen, mit der Neuregelung des § 7 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (Sozialversicherungspflicht für sogenannte Scheinselbständige und arbeitnehmerähnliche Selbständige) in Einklang bringen? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Martin
Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch diese Novellierung der Übergang in die Selbständigkeit, besonders bei den Medien und Dienstleistungen, erschwert und damit Unternehmensgründungen verhindert werden? |
| 16. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung die von der Europäischen Kommission vorgelegten Änderungsvorschläge zur Freizügigkeitsverordnung und zur Aufenthaltsrichtlinie, vor allem hinsichtlich der Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt und auf das deutsche Sozial- und Familienleistungssystem, und wie gedenkt die Bundesregierung diese Thematik, insbesondere während der deutschen E U-Ratspräsidentschaft, aufzugreifen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Verteidigung**

- | | |
|--|--|
| 17. Abgeordnete
Ursula
Lietz
(CDU/CSU) | Welche Kosten erwartet die Bundesregierung für den Einsatz von zivilen Kräften in den Bundeswehr(zentral)krankenhäusern Koblenz und Ulm, wenn durch den bereits vollzogenen bzw. geplanten Einsatz der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo verstärkt Ärzte und sonstiges Sanitätspersonal aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen werden? |
| 18. Abgeordnete
Ursula
Lietz
(CDU/CSU) | Mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung durch das verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ sowie durch die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform für die Bundeswehr im Bereich des Sanitätswesens? |
| 19. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | Wird die Benennung von Kasernen auch künftig zu den Aufgaben des Bundesministers der Verteidigung gehören, oder soll die Aufgabe auf den Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Dr. Michael Naumann, verlagert werden? |
| 20. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | Welche Angehörigen der Wehrmacht, nach denen heute Kasernen benannt sind, beläßt die Bundesregierung in der Traditionslinie, die Bundesminister Rudolf Scharping in seiner Rede an der Führungsakademie der Bundeswehr aufgezeigt hat, und wer soll hiervon ausgeschlossen werden? |
| 21. Abgeordneter
Günther Friedrich
Nolting
(F.D.P.) | Wie viele Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind derzeit durch die Vorbereitung des Kontingentes für die Kosovo-Friedensmission, durch die Vorbereitung eventueller Folgekontingente, als Ausbildungstruppen oder sonstwie damit im Zusammenhang stehend, beschäftigt? |
| 22. Abgeordneter
Günther Friedrich
Nolting
(F.D.P.) | Wie viele der vorhandenen Brigaden des Heeres bzw. der vorhandenen Geschwader der Luftwaffe sind derzeit in irgendeiner Form von der Kosovo-Friedensmission oder der SFOR-Mission betroffen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

23. Abgeordnete
**Annette
Widmann-Mauz**
(CDU/CSU)
- Wann und wie wird die Bundesregierung die von der Europäischen Union geforderte Zutatenangabe auf Etiketten von alkoholischen Getränken in Deutschland umsetzen, damit dem Recht der Verbraucher Rechnung getragen wird, sich, wie bei anderen Lebensmitteln auch, über die Zusammensetzung alkoholischer Getränke zu informieren?
24. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)
- In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung, sich an dem Anfang dieses Jahres gestarteten europäischen Partnerschaftsprogramm zur Tabakabhängigkeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu beteiligen?
25. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung diesen Einsatz der WHO zum Anlaß nehmen, um eine neue Initiative zum Nichtrauchererschutz und zur Tabakprävention einzuleiten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

26. Abgeordneter
**Heinz
Seiffert**
(CDU/CSU)
- Inwieweit werden Beschlüsse der Bonner Regierungsparteien, die auf Landesebene gefaßt wurden, wie die „gemeinsame Position von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkehrsprojekten in Bayern“, die eine Prioritätenliste zur Verkehrsprojektplanung des Bundes in Bayern enthält, den jetzigen Bundesverkehrswegeplan und seine Fortschreibung beeinflussen?

27. Abgeordneter
Heinz Seiffert
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu Befürchtungen, daß die von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf bayerischer Landesebene festgelegte Prioritätenliste den viergleisigen Ausbau der Eisenbahnstrecke Ulm — Augsburg, für den nach dem derzeit noch gültigen Bundesverkehrswegeplan ein Vordringlicher Bedarf besteht, in seiner Realisierung behindern könnte?
28. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Wie viele Kredite des Wohnraummodernisierungsprogrammes der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden seit der Auflage dieses Programmes bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorfristig getilgt?
29. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Wie hoch ist das Gesamtvolumen dieser vorfristig getilgten Kredite?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

30. Abgeordneter
Rainer Brinkmann
(Detmold)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Risiken, die sich aus dem Jahr-2000-Problem für umweltrelevante Anlagen, wie z. B. konventionelle und nukleare Kraftwerke, Kläranlagen, Deponien, Anlagen zur Luft- und Wasserreinhaltung, ergeben, und wie gedenkt die Bundesregierung, diesen Risiken konzeptionell zu begegnen?
31. Abgeordneter
Rainer Brinkmann
(Detmold)
(SPD)
- Welche Prüfmethode sind angewandt worden, um zu einer zuverlässigen Folgenabschätzung zu gelangen, und mit welchem Ergebnis?

32. Abgeordneter
**Heinrich-Wilhelm
Ronsöhr**
(CDU/CSU)

Wie reagiert die Bundesregierung darauf, daß die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gila Altmann, sich gegen das Infrastrukturprojekt des Ems-Sperrwerkes zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und zur Sicherung des Werftstandortes Papenburg ausgesprochen hat, und ist sie bereit, daraus personelle Konsequenzen zu ziehen – auch im Hinblick darauf, daß Bundeskanzler Gerhard Schröder im Anschluß an eine ähnliche Stellungnahme des Präsidenten des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu) nicht an der Jubiläumsveranstaltung zum 100jährigen Bestehen des Nabu teilgenommen hat (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Februar 1999)?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

33. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)

Will die Bundesregierung den Kulturanteil im Bonn-Vertrag ab dem Jahr 2000 auf der alten Höhe von 70 Mio. DM pro Jahr belassen, und wie hoch sollen nach Plänen der Bundesregierung die anderen Anteile des Bonn-Vertrages ausfallen? *)

34. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto
(Frankfurt)**
(F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Projekt der Deutschen Mediathek als Programm-Museum des deutschen Hörfunks und Fernsehens, und was wird sie ggf. zur Verwirklichung dieses (gefährdeten) Projekts veranlassen?

35. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto
(Frankfurt)**
(F.D.P.)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, die Rundfunkfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes schütze nicht die Deutsche Welle?

Bonn, den 26. Februar 1999

*) s. hierzu auch Frage 11